



Sand im Getriebe

BOLOGNA-KRISE Die europäische Bildungspolitik tut sich schwer bei der notwendigen Reform der Reform - wie die Bologna-Nachfolgekonzferenz in Jerewan gezeigt hat.

TEXT: Stefan Kühl **ILLUSTRATION:** Jacqueline Urban

„Flexibilität“ in der Gestaltung ihres Studiums - das war das große Versprechen der Promotoren des Bologna-Prozesses an Europas Studierende. 15 Jahre nach Einführung der Bologna-Reform kann man eines mit ziemlicher Gewissheit sagen: Eine „flexible Gestaltung“ des Studiums ist für Studierende nicht leichter, sondern schwieriger geworden. Beklagt werden stattdessen eine durch Bologna ausgelöste zunehmende Bürokratisierung der Hochschulen und eine damit einhergehende und bis dato ungekannte Verschulung des Studiums.

Seitdem müssen Veranstaltungen aufwendig in Modulstrukturen eingepasst werden. Die Zurechnung von Leistungspunkten für jeden Handgriff der Studierenden verlangt allen Beteiligten einiges ab:

den Universitäten eine hochkomplexe Logistik und den Studierenden und Lehrenden ausgeprägte bürokratische Fähigkeiten. Die Orientierung an inhaltlichen Interessen im Studium wird inzwischen durch Überlegungen überlagert, wie man die durch die Bologna-Reform produzierten bürokratischen Herausforderungen am besten meistern kann. Es entsteht ein „Sudoku-Effekt“, bei dem bei der Konzeption und Absolvierung der Studiengänge fast nur noch darauf geachtet wird, dass sie rechnerisch irgendwie aufgehen.

Selbst Hochschulpolitiker, die auf der Vorderbühne noch die in Deutschland praktizierte Umsetzung der Bologna-Reform verteidigen, erklären auf der Hinterbühne ihre Unzufriedenheit mit den durch die Reform produzierten Bürokratisierungs- und Verschul-

lungseffekten. In der Auseinandersetzung mit den unübersehbaren Pathologien der Bologna-Reform wird von der Hochschulpolitik in Bund und Ländern bisher aber lediglich an Symptomen herumgedoktert. Hier wird eine Reduzierung von Prüfungen in einem Modul verlangt, dort eine Abschaffung von Anwesenheitslisten verordnet. Es dominiert die Symbolpolitik.

Warum wurden auf der Nachfolgekonzferenz, die im Mai 2015 im armenischen Jerewan stattgefunden hat, die grundlegenden Probleme nicht angegangen und wieder einmal nur wohlklingende Wertekataloge verabschiedet?

Der Lock-in in der Bildungspolitik Im Fall der Bologna-Reform wird die Unmöglichkeit einer grundlegenden Reform der Reform damit begründet, dass man - bei allen berechtigten Zweifeln - als einzelner Staat - und erst recht als einzelnes Bundesland - nicht mehr aus dem europäischen Konzert der Bildungspolitik ausweichen kann. Zu viele Staaten, so das Argument, hätten sich bereits auf eine gemeinsame Vorgehensweise geeinigt, da gebe es bei aller berechtigten Kritik einfach keinen Weg mehr zurück. Der Zug sei einfach nicht mehr zu stoppen.

In der Organisationsforschung wird eine solche „Verriegelung“ von ineffizienten Prozessen aufgrund einer sich weltweit durchsetzenden Standardisierung als Lock-in bezeichnet. Das bekannteste Beispiel für ein solches „Lock-in“ ist das sogenannte QWERTY-Tastaturlayout. Diese Tastatur, benannt nach den ersten sechs Buchstaben auf der obersten Reihe der US-amerikanischen Tastaturen, dominiert heute die Gestaltung von Schreibmaschinen und Computern - und das, obwohl es ein ineffizientes und benutzerunfreundliches System ist, weil die am häufigsten benutzten Tasten vergleichsweise schwer zu erreichen sind. Der Hintergrund: Das heute noch dominierende Tastaturlayout wurde 1873 entwickelt, um die Tippgeschwindigkeit der Sekretärinnen zu drosseln. Die Typenhebel der damals in Mode kommenden mechanischen Schreibmaschinen drohten sich zu verhaken, wenn die Schreibkräfte zu schnell wurden. Man brauchte deswegen eine Tastaturanordnung, die die Schreibgeschwindigkeit reduzierte. Die künstlich produzierte Drosselung der Schreibgeschwindigkeit spielt spätestens seit der Einführung von Computern keine Rolle mehr. Aber weil der Standard sich weltweit etabliert hat, traut sich kein Computer-Hersteller, eine neue, effizientere Tastatur auf den Markt zu bringen. Die Situation bei der Bologna-Reform ist vergleichbar. Welche Handlungsmöglichkeiten hat die Hochschulpolitik angesichts dieses Lock-ins?

Auf einem Bierdeckel Es gibt eine an den Grundproblemen ansetzende Radikallösung, die man mit Referenz auf Friedrich Merz' steuerpolitischen Vorschlag ironisch „Bologna auf einem Bierdeckel“ nennen könnte. Der Vorschlag besteht darin, die Vorgaben auf einen einzigen Satz zu beschränken: „Das Studium an einer europäischen Hochschule ist grundsätzlich zweistufig mit einem ersten Abschluss nach frühestens drei Jahren zu gliedern, alles andere ist den einzelnen Hochschulen zu überlassen.“

Die Bologna-Erklärung hatte einen Kerngedanken: Die Einführung eines zweigliedrigen Studiums und eines darauf aufbauenden zweiten Abschlusses. In der Umsetzung ist es jedoch zu einer Vervielfältigung von Regelungen gekommen, die den Hochschulen erheblichen Handlungsspielraum genommen hat: so zum Beispiel die Einführung einer Modulstruktur, in die verpflichtend alle Seminare, alle Prüfungen und alle Selbststudiumsphasen gepresst werden müssen, oder die ECTS-Punkte, die zwar in der Bologna-Erklärung als eine Möglichkeit für den Transfer von Studienleistungen angesprochen werden, die jetzt aber die für alle Studierenden verpflichtende Berechnungsgrundlage für ihre Studienleistungen bilden.

Die Bologna-Ziele - Erhöhung der Mobilität und Verringerung der Studienabbrüche - werden ausschließlich durch die Einführung des zweigliedrigen Studiums erreicht. Der erste Studienabschluss ermöglicht es Studierenden, auch bei fehlendem Interesse ihr Studium abzuschließen und sich bei der Wahl ihres zweiten Studienabschnitts neuen Studienfächern an anderen Universitäten zuzuwenden. Alle anderen hochschulpolitischen Innovationen im Rahmen der Bologna-Reform hatten nur die bekannte Bürokratisierung zur Folge. Der Vorschlag „Bologna auf einem Bierdeckel“ erhält die Idee der Zweigliedrigkeit des Studiums. Wenn Staaten, Länder oder Hochschulen darüber hinaus noch mit Modulen oder ECTS-Punkten hantieren wollen, ist das ihnen überlassen, aber sie sind dann für die Bürokratisierungseffekte auch selbst verantwortlich und können die Schuld dafür nicht mehr auf die europäische Ebene abwälzen.



DER AUTOR

Stefan Kühl ist Professor für Soziologie an der Universität Bielefeld. Sein Buch „Der Sudokueffekt. Hochschulen im Teufelskreis der Bürokratie“ gilt als eine der grundlegendsten Kritiken der Bologna-Reform.



In der Auseinandersetzung mit den unübersehbaren Pathologien der Bologna-Reform wird von der Hochschulpolitik in Bund und Ländern lediglich an Symptomen herumgedoktert